



US-Präsident Donald Trump erklärte am Donnerstag über soziale Medien, er habe die Freigabe von „sämtlichen Aussagen vor der Grand Jury, vorbehaltlich der Zustimmung des Gerichts“, im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen Jeffrey Epstein autorisiert. Als Begründung nannte Trump die „lächerliche Menge an öffentlicher Aufmerksamkeit“, die der Fall erhalte.

Diese Entscheidung dürfte die Kritik innerhalb von Trumps eigener MAGA-Bewegung jedoch kaum besänftigen. Viele Anhänger zeigten sich in dieser Woche empört, nachdem Trumps Regierung eine zuvor gegebene Zusage zurückgezogen hatte, weitere Details der bundesstaatlichen Ermittlungen gegen den in Verruf geratenen Finanzier und verurteilten Sexualstraftäter offenzulegen, der 2019 starb. Die Forderung der Basis: die vollständige Veröffentlichung aller Akten des Justizministeriums zu Epstein, nicht lediglich Aussagen vor der Grand Jury.

Kurz vor Trumps Ankündigung hatten Republikaner im Repräsentantenhaus — unter Druck von Demokraten und eigenen, zunehmend aufgebrachten Wählern — einen Kurswechsel vollzogen. Entgegen Trumps Haltung signalisierten sie Unterstützung für eine Resolution, die das Justizministerium zur Freigabe von Materialien aus den Epstein-Ermittlungen auffordern soll. Die Maßnahme hat rein symbolischen Charakter und ist bislang nicht zur Abstimmung angesetzt. Ob sie überhaupt eine Mehrheit finden würde, ist unklar.

**Hintergrund:** Epstein beging in Untersuchungshaft Suizid, während er sich wegen Menschenhandels mit Minderjährigen verantworten sollte. Aufgrund seiner weitreichenden Verbindungen in Kreise einflussreicher Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gibt es parteiübergreifend Spekulationen über mögliche Mitwisser oder Mittäter. Trump pflegte über mindestens 15 Jahre freundschaftliche Kontakte zu Epstein.

---

## Syrer dokumentieren Verwüstung nach Gewaltwelle

Mehr als 500 Menschen sind laut der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte seit Sonntag in der südlichen Provinz as-Suwaida infolge konfessioneller Gewalt ums Leben gekommen.



Reporter fuhren gestern erstmals wieder durch die Stadt, um das Ausmaß der Zerstörung zu erfassen. Überall sahen sie Blut auf den Straßen, eingeschlagene Fensterscheiben und Leichengeruch.

Die Eskalation in as-Suwaida hat auch Auswirkungen auf Syriens Nachbarn Israel, wo eine große drusische Gemeinschaft lebt. Nach israelischen Luftschlägen auf Damaskus warf Präsident Ahmed al-Shara Israel am Donnerstag vor, gezielt „Chaos“ in Syrien säen zu wollen.

---

## **Großbritannien plant Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre**

Die britische Regierung kündigte am Donnerstag an, künftig auch 16- und 17-Jährigen das Wahlrecht zu gewähren. Es wäre die größte Ausweitung des Wahlrechts in Großbritannien seit Jahrzehnten.

Die Labour-Regierung von Premierminister Keir Starmer präsentierte die Pläne in einem Grundsatzpapier. Man wolle damit dem schwindenden Vertrauen in staatliche Institutionen entgegenwirken und die Demokratie erneuern. Paul Holmes, konservativer Abgeordneter, nannte den Vorstoß einen „dreisten Versuch der Labour-Partei, die eigene Unbeliebtheit durch tiefgreifende Verfassungsänderungen ohne Konsultation zu kompensieren.“

---

## **Weitere wichtige Meldungen**

**Irak:** Bei einem Brand in einem neu eröffneten Einkaufszentrum in der Stadt Kut kamen 61 Menschen ums Leben.

**Iran:** Die nukleare Anlage in Fordo wurde nach US-Geheimdiensteinschätzung durch einen gemeinsamen US-israelischen Angriff schwer beschädigt oder möglicherweise vollständig zerstört.

**Europa:** Großbritannien und Deutschland unterzeichneten einen richtungsweisenden Verteidigungspakt. Beide Länder verpflichten sich, Angriffe auf den jeweils anderen als Bedrohung der eigenen Sicherheit zu betrachten.



**Gaza:** Ein israelischer Luftschlag traf eine katholische Kirche in Gaza-Stadt. Drei Menschen kamen ums Leben.

**US-Medien:** CBS stellt „The Late Show with Stephen Colbert“ ein und beendet damit eine über 30 Jahre währende Spätabend-Tradition.

**Japan:** Vor der Parlamentswahl am Sonntag ließ der Landwirtschaftsminister Lagerbestände von Reis freigeben, um Preise zu senken und Wählerstimmen zu gewinnen.

**China:** Das populäre Videospiel *Revenge on Gold Diggers* entfacht eine Debatte über Frauenfeindlichkeit, Geschlechterrollen und ökonomischen Druck.

**Brasilien:** Präsident Luiz Inácio Lula da Silva galt für die Wahl 2026 als chancenlos – doch Trumps Handelspolitik verändert die Dynamik.

**Autor: P. Tiko**